Nummer 223 | Halle, Sonnabend, den 22. September 1923 | 58. Jahrgang

Straßenverkaufspreis 3 000 000 M.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Millimetern berechnet, die Preise hierfür sind freibleibend. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Heinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Währung und Wirtschaft.

Staatsautorität und Mehrarbeit.

Die grundlegenden Forderungen für eine Gesundung.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Quaatz veröffentlicht in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" einen Artikel über das Währungsproblem, worin er auf die Verbindung zwischen Währung und Wirtschaft hinweist. Er stellt den Grundsatz auf, daß ohne Gesundung der Wirtschaft keine Gesundung der Währung möglich sei. Die Geldentwertung beruhe im innersten Grunde auf einem jämmerlichen Versagen der Staatsautorität. Nur das Geld habe augenblicklich Wert, dem eine wirkliche Kaufkraft entspricht. Das bedeute allerdings eine Umstellung unserer ganzen Währungspolitik, und für diese Umstellung entwickelt Dr. Quaatz folgende Hauptpunkte:

1. Keine Reichsregierung wird die Autorität haben, die eine Währungs- und Wirtschaftsreform erfordert, wenn sie nicht im Reichshaus Ordnung schafft. In Thüringen und Sachsen herrscht offene Empörung gegen das Reich. Es werden dort Truppen gegen die Reichsregierung aufgestellt. Wird diese Gesellschaft nicht aufs Haupt geschlagen und unschädlich gemacht, wird nicht dem Bürger in Stadt und Land Ordnung, Ruhe und Sicherheit garantiert, so ist jedes Wirtschaftsexperiment überflüssig, nutzlos, schädlich. Die Geldentwertung kann nur von da aus geheilt werden, wo sie ihren Ursprung nahm, durch Wiederherstellung der Staatsautorität.

2. Das Reich muß mit gutem Beispiel insofern vorausgehen, als es seinen eigenen Haushalt in Ordnung bringt. Heute besteht der unglaubliche Zustand, daß der Reichsfinanzminister nicht weiß, wieviel Beamte, Angestellte und Arbeiter er aus der Reichskasse besoldet. Das liegt daran, daß auch die Länder und Kommunen zum größten Teile aus der Tasche des Reiches wirtschaften. Und wie wirtschaften! Die tote Last der Verwaltung in Staat und Wirtschaft muß verringert werden.

3. Hiermit hängt zusammen, daß Reich und Staat sich aufs neue beschränken auf die eigentlich staatlichen Aufgaben und alle Wirtschafts- und Bevormundungsexperimente unterbleiben. Die staatlichen Kräfte müssen auf lebenswichtige Punkte zusammengefaßt und mit aller Kraft eingesetzt werden. Man wird neue Formen suchen müssen, damit sie ihre Aufgaben als Hauptinstrumente der deutschen Volkswirtschaft erfüllen können, ohne daß der notwendige Einfluß der Allgemeinheit aufgehoben wird.

4. Die Einnahmewirtschaft in Reich, Staat und Land muß auf wesentlich neue Basis umgestellt werden. Unser Steuersystem ist das Gegenteil eines Systems. Niemand weiß mehr, was, wie und wo er zu bezahlen hat, Ständig wird auf diesen Wirrwarr von Steuern etwas herausgepfropft. Das Schlimmste aber ist, daß die Richtung unserer Steuerpolitik das volkswirtschaftlich notwendigste hindert, namentlich die Kapitalbildung. Man hamstert Ware, statt Geld zu sparen.

Die Steuerreform muß ein Dreifaches bringen: erstens: eine reinliche Scheidung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Selbstverwaltungskörpern (Kommunen), zweitens: Vereinfachung und Uebersichtlichmachung des Steueraufbaues, und zum dritten: Förderung des Sparttriebes.

5. Dem Umbau der Staatswirtschaft muß ein Umbau unserer Wirtschaftspolitik entsprechen. Es ist unmöglich, weiter die Arbeitskraft und damit den Wirkungsgrad der deutschen Wirtschaft zu beschränken. Ich gehöre keineswegs zu den Leuten, die den achtstündigen Arbeitstag an sich für ein Unglück halten. Unser Achtstundentag ist aber in zwiefacher Beziehung eine Unmöglichkeit. Einmal wird er, namentlich in den öffentlichen Betrieben, in mechanischer und unwirtschaftlicher Weise angewendet, ohne daß schwere und leichte Arbeit genügend in Betracht gezogen werden, und zweitens erfordert das Ziel der Befreiung von allen Produktionsfaktoren Opfer und Entsagung, also sowohl von der Staatswirtschaft, die ihre Anforderung beschränken muß, wie vom Besitz, der bluten muß, und von der Arbeitskraft, die nicht nur dasselbe wie andere Wirtschaftsvölker, sondern mehr leisten muß. Hier handelt es sich nicht um soziale Theorien, sondern um ein Schicksal. Der stark angespannten Arbeitskraft muß ein der Gerechtigkeit mehr entsprechendes Lohnsystem angepaßt werden. Heute liegen die Dinge so, daß die Wirtschaft in Deutschland im großen und ganzen um so besser bezahlt wird, je weniger die Arbeit wert ist. Während die ungelernte Arbeit namentlich des Jugendlichen, den Friedenslohn und oft mehr erhält, wird der ältere, Qualitätsarbeiter verhältnismäßig niedrig bezahlt. Von der geradezu schandbaren Entlohnung der geistigen Arbeit will ich hier überhaupt schweigen. Also:

Leistung und Lohn müssen in ein gesundes Verhältnis gebracht und der höchste Wirkungsgrad aus der deutschen Wirtschaft herausgeholt werden.

6. Die schwersten Probleme bringt die Uebergangszeit. Wir haben in Deutschland neben der offenen eine starke, versteckte Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit). Manche Arbeitsweise fürchten durch Steigerung der Arbeitsleistung die Arbeitsmöglichkeiten zu verringern. Nichts kann falscher sein. Es sei nur darauf hingewiesen, daß wir auf dem Weltmarkt vor allen Dingen deswegen an Wettbewerbskraft verlieren, weil wir in unseren Betrieben einen so starken Leerlauf haben. Trotzdem ist es möglich, daß namentlich die Reinigung der Reichsverwaltung und Reichsbetriebe vorübergehend die Arbeitslosigkeit steigert. Hiergegen muß Vorsorge getroffen werden. Allerdings nicht durch die sinnlose Erwerbslosenwirtschaft, die wir heute treiben die vielfach geradezu zu einer Prämie auf Faulheit geworden ist. Niemand hat ein Recht auf Nahrung ohne Arbeit, der unverschuldet außer Arbeit Gekommene hat keinen natürlichen Anspruch auf Staatsrente, sondern er hat ein Recht auf Arbeit. Alle freiwerdenden Kräfte sollen nach einem Plane zur Schaffung produktiver Werte, die unserer Zukunft zugute kommen, zusammengefaßt werden. Die Währung ist eine Funktion der Wirtschaft. Ohne Gesundung der Wirtschaft keine Gesundung der Währung. Es ist also keine bank- oder währungstechnische Aufgabe, vor der wir stehen, sondern eine wirtschaftliche Volksaufgabe, die vor allen Dingen die Führung einer starken Regierung braucht.

Die Bodenmark.

Der Gesetzentwurf für die neue Währung fertiggestellt.

Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die neue „Bodenmark" ist nunmehr fertiggestellt. Das Kapital der Währungsbank beträgt 2400 Millionen Bodenmark. Ungeklärt ist im Augenblick nur noch die Frage, zu welchem Kurse die Papiermark in die neue Währung (als Scheidemünze des neuen Geldes) eingerechnet werden soll. Als Verzinsung für die von der Währungsbank herauszugebenden Rentenbriefe sind 5 Prozent in Aussicht genommen. Hand in Hand mit dieser Währungsreform wird, wie bereits bekannt, ein Finanzreformprogramm durchgeführt, das zunächst die Wertbeständigmachung aller Steuern vorsieht. Weiter wird eine neue bereits in allernächster Zeit durchzuführende allgemeine Vermögensveranlagung auch diejenigen Kreise erfassen, die bisher steuerlich nicht erfaßt worden sind.

Aus dem vorläufigen Gesetzentwurf über die Währungsbank, als einen Teil der Währungsreform, wie er den Vertretern der Wirtschaft vorgelegt wurde, seien folgende Bestimmungen wiedergegeben:

Die wirtschaftlichen Berufsstände des Reiches, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich des Transport- und Bankgewerbes, richten zum Zwecke der Schaffung eines neuen Geldes, der Bodenmark, die Währungsbank.

Das Kapital der Währungsbank beträgt 2400 Millionen Bodenmark; es wird zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft einerseits und von der Industrie, Gewerbe und Handel andererseits aufgebracht. Der städtische Grundbesitz ist nach Maßgabe der Aufhebung der Zwangswirtschaft zum Zwecke der Verstärkung des Kapitals der Währungsbank heranzuziehen.

Die Satzung der Währungsbank wird von den Spitzenverbänden der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes und des Handels festgesetzt. Sie bedarf der Genehmigung der Reichsregierung.

Die Währungsbank ist, soweit nicht in dieser Verordnung oder in der Satzung etwas anderes bestimmt ist, in der Verwaltung und Geschäftsführung selbständig. Die Wahl des Präsidenten der Bankverwaltung bedarf der Genehmigung der Reichsregierung. Die Spitzenverbände haben der Reichsregierung drei Personen für das Amt des Präsidenten vorzuschlagen.

Die Währungsbank ist von allen Steuern des Reichs und der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) vom Einkommen, Vermögen und Gewerbebetrieb befreit.

Die Währungsbank erwirbt an den Grundstücken, die dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen und der Besteuerung nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I S. 769) unterliegen, in Höhe von 3 Prozent des Wehrbeitragswertes eine auf Goldmark lautende Grundschuld.

Die Währungsbank stellt auf Grund der für sie begründeten Grundschulden und der ihr übergebenen Schuldverschreibung Rentenbriefe aus. Die Rentenbriefe lauten auf 500 Goldmark oder ein Vielfaches davon. Die Rentenbriefe sind mit 5 Prozent jährlich verzinslich und können nach Ablauf von 5 Jahren von der Währungsbank zur Rückzahlung zu ihrem Nennwerte aufgekündigt werden.

Die Rentenbriefe dienen als Deckung für die von der Währungsbank auszugebenden Geldzeichen. Die Werteinheit dieser Geldzeichen ist die Bodenmark, die in 100 Bodenpfennige eingeteilt ist.

Auf Grund je eines über 500 Goldmark lautenden Rentenbriefes dürfen Geldzeichen im Betrage von 500 Bodenmark ausgegeben werden.

Die Währungsbank ist verpflichtet, die von ihr ausgegebenen Geldzeichen jederzeit auf Verlangen derart gegen ihre Rechenbriefe einzulösen, daß auf 500 Bodenmark ein Rentenbrief über 500 Goldmark mit Zinsenlauf vom nächsten Fälligkeitstermin ab gewährt wird.

Die Währungsbank darf bankmäßige Geschäfte nur mit dem Reich machen. Sie ist ermächtigt, während der nächsten zwei Jahre dem Reiche auf Bodenmark lautende verzinsliche Darlehen bis zum Höchstbetrage von 2 Milliarden Bodenmark zu gewähren. Nach Ablauf der 2 Jahre tritt die Währungsbank in Liquidation.

Das Reich wird bei der Reichsbank Schatzanweisungen nicht mehr diskontieren.

Gesetzliches Zahlungsmittel ist fortan allein die Bodenmark.

Die neuen Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Löhne für den Kohlenbergbau in der Lohnwoche vom 17. bis 24. September sind gestern durch Schiedsspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses festgesetzt worden. Danach beträgt der Durchschnittswochenlohn einschließlich des Haushand- und Kindergeldes für den Ruhrbezirk 160 Millionen, für den oberschlesischen Steinkohlenbezirk 120 Millionen, für den sächsischen Steinkohlenbezirk 112 Millionen und für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues 108 Millionen Mark.

Berlin, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe beträgt ab 22. September 1 600 000. Das Zentraltarifschlichtungsamt der deutschen Buchdrucker hat am 21. September für die Woche vom 22. bis 28. September einen Schiedsspruch gefällt, der einen Spitzenlohn von 850 Millionen Mark vorsieht. Der Spruch wurde von beiden Parteien angenommen.

Politische Bilderbogen.

Randbemerkungen zur Tagesgeschichte.

Poincaré und der Dollar, Tarif und Index peitschen uns. Wir rasen durch das Dasein, in dem Geldverdienen, Preise, Steuern und Abgaben allein Trumpf sind. Im Wirrwarr der sich überstürzenden Ereignisse und der Rettungsversuche der Regierung haben Flaumacherei, Sensationshascherei, nationale Gewissenlosigkeit, Parteifanatismus und politische Blindheit die Etappenparolen von einem zweiten Versailler Frieden wie Pilze aus der Erde schießen lassen. Die Pariser Versöhnungskomödie läßt alle Schwarzseher und Bierbankphilister die Losung weiter tragen: Wir müssen kapitulieren! Friedeum jeden Preis! Genau wie damals 1918, als die erste parlamentarische Regierung in Deutschland sich ziel- und planlos von den Unkenrufen der Massen treiben ließ! Noch hat Poincaré nicht gesiegt. Und er wird nicht siegen, es sei denn, daß Eigennutz, Millionentaumel, Parteigeist und Gesinnungslumperei uns die nationale Ehre vergessen lassen.

*

Die Stunde ist bitter ernst. Die Gesinnung des deutschen Volkes, das ist das schlimmste und gefährlichste, ist auf einen Tiefstand wirtschaftlicher und nationaler Moral gesunken. Die Staatsfinanzen sind zerrüttelt, die Wirtschaft steht am Ende ihrer Kraft, die Ausgaben für Ruhr und Rhein verschlingen täglich unzählbare Billionen, Lebensmittel fehlen, die Preise haben astronomische Ziffern, die Zahl der Arbeitslosen und Hungernden wächst von Tag zu Tag. Es wäre Feigheit, mit schönen Phrasen über diese Sachlage hinwegzugleiten und Augen und Ohren zu verschließen. Der „Berliner Lokalanzeiger" kennzeichnet die Lage:

„Man kann einen Krieg verlieren, das bringt keine Schande. Aber Schande bringt der Zerfall; Schande brächte das heimliche, allmähliche Abbröckeln; Schande brächte es, wenn man so täte, als ob man weiterkämpfe, wenn man die Geste des Ausharrens bis ans Ende machte und insgeheim die Frontverbrechenliefe. Sehr zu Recht ist in diesen Tagen an die Kapitulation des alten Blücher bei Ratkau erinnert worden. Er war rings umstellt, er konnte nicht mehr kämpfen, konnte nicht mehr weiter. Und kapitulierte. „Ich kapitulierte, weil ich kein Brot und kein Pulver mehr hatte." „Wir haben kein Brot und kein Pulver mehr" — das einzugestehen bringt keine Schande. Freilich, die Nachprüfung wird man sich gefallen lassen müssen, ob wirklich kein Brot und kein Pulver mehr da war."

So schwarz, wie das Berliner Blatt malt, sehen wir die Lage nicht. Aber wir sind am Ende unserer Kraft. Wir müssen verhandeln, aber wir unterwerfen uns nicht bedingungslos. Wir müssen nach Wegen suchen, die uns unter Erhaltung unserer nationalen Ehre, frei machen von den finanziellen Lasten des Krieges nach dem Kriege, frei vom Sorgenjoch des Sommers 1923.

*

Die Sozialdemokratie fordert „schnellste Liquidation des Ruhrkampfes". Sie nützt die Stimmung der Massen, denen der Geduldsfaden über der Sorge um den Magen reißt. Hüten wir uns, daß ein zweiter Dolchstoß gegen die Front dem deutschen Volke vorgeworfen werden kann; Dann hätte Poincaré zum zweiten Male gesiegt und Deutschland würde schmachvoll ins Grab versinken. Es ist nicht Zeit zu rechten und zu feilschen, welche Fehler in den letzten acht Monaten gemacht wurden, wie es hätte kommen können. Nur das heute und morgen kann bestimmend sein für das Handeln der deutschen Führung. Und nur die Zukunft darf richtungweisend sein für das Volk, das selbst die größte Schuld an unserer toternsten Lage trägt, weil es feilsch sich zerrütten ließ, weil der Dollartaumel es verlumpte. Die Regierung mag den besten Willen haben, die Lösung des Ruhrkonfliktes nicht um das Opfer nationaler Ehre vorzunehmen und sich nicht zur Unterzeichnung einer zweiten Schuldlüge herzugeben. Für sie ist die Losung: Wille zum Leben und Erhaltung des Reiches. Wird sie es aber schaffen?

*

Es ist bequem der Regierung von heute alle Verantwortung aufzuladen. Wir sagten es schon: das Volk ist verantwortlich, das sich früher Regierungen der Schwäche selbst erkor und sie walten und schalten ließ. Dasselbe Volk, das auch heute noch nicht begreifen will, daß es um Leben und Sterben geht. Es schmiedet sich selbst sein Schicksal. Wir sagen es viel zu wenig, daß sich täglich, ja fast stündlich die ganze nationale Jämmerlichkeit dieses neudeutschen Volkes entpuppt. Warum soll man in so ernsten Zeiten der Wahrheit nicht die Ehre geben? Nur eines: das Ergebnis der Goldanleihe! 75 Goldmillionen, heute vielleicht 100! Offizielle Beschwichtigungsversuche, dies wäre befriedigend, helfen nicht darüber hinweg, daß das deutsche Volk mit einem so kläglichen Ergebnis eingestanden hat, seinem Staate nicht helfen zu wollen. Als die Anleihe aufgelegt wurde, waren Löhne und Gehälter auf Goldbasis hinaufgeschnellt, die Läden waren überfüllt, die Börse befand sich in einem Taumel. Kaufaufträge über Kaufaufträge! Aber dem Reiche wurde nicht gegeben, was des Reiches ist. Niemand zeige mit Fingern auf den andern! Er schlage an die eigene Brust! Der Geist von 1813, nein im Deutschland von heute hat er keine Stätte. Das Wort „Gold gab ich zur Wehr" paßt nicht mehr in das Deutschland von 1923. Das deutsche Volk selbst trägt die Schuld, wenn Poincaré nicht mit dem furor teutonicus und dem Willen, alles für das Vaterland zu opfern, als politischen Faktoren auf deutscher Seite rechnet.

*

Außerordentliche Zeiten verlangen außerordentliche Mittel. Jeder sagt dazu Ja und Amen und schreit Zetermordio, wenn es an seine Papierscheintasche geht, oder wenn gar eine der „Errungenschaften" in Gefahr ist. Ein bekannter industrieller Führer wies dieser Tage Arbeitervertreter darauf hin, daß der erschreckende Leistungsrückgang unter heutigen Verhältnissen untragbar sei, und daß man unter allen Umständen daran denken müsse, auf Friedensleistung zurückzukommen. Eine weniger engherzige Auslegung des Achtstundentages würde einen wesentlichen Schritt zur Erreichung dieses Zieles darstellen. Hierauf erwiderten die Arbeiterführer, daß sie mit dem Abkommen über Verkürzen von Sonntagsschichten sehr wenig Glück gehabt hätten und keine Lust verspürten, zum zweitenmal den „Buckel hinzuhalten". Darauf entgegnete der Industrielle, die Arbeitgeber würden dies den Arbeiterführern sehr gern abnehmen und selbst mit der Arbeiterschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230922014/fragment/page=0001

verhandeln. Hierauf gab der Führer des Bergarbeiterverbandes die denkwürdige Antwort: „Dies werden wir zu verhindern wissen."

*

Die Aufgabe der Regierung, ihre Freunde und Gegner sind einig darin, ist titanenhaft. Sie soll mit dem Tode der Mark die Wirtschaft nicht sterben lassen, sie soll den Rettungsring einer neuen Währung finden, sie soll die Front an Ruhr und Rhein halten oder ehrenvoll Frieden schließen, sie soll der entsetzlichen innenpolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen Verhältnisse Herr werden. Die Lage erinnert verdammt an jenen düsteren Novembertag im Walde von Compiègne. Damals hat das von der Fata morgana der Wilsonschen vierzehn Punkte geblendete deutsche Volk den Ausschlag gegeben. Diesmal droht ihm um Millionen- und Millardentaumel sein höchstes, Reich, Volk und Vaterland, vergessende Volk Herrn Poincaré sein Henkerswerk leicht zu machen. Wochenlang ist dem deutschen Volke die Wahrheit gesagt worden. Aber es schwelgt noch immer in rosigen Hoffnungen oder es hat sich in das Unvermeidliche ergeben. Will der Deutsche wirklich zum zweiten Male seine Unterschrift unter einen Pakt setzen, in dem er sich als ehrloser Sklave verkauft? Noch ist's vielleicht Zeit, noch sind wir nicht abermals ehrlos durch ein zweites Versailles. Erfolg haben wir aber im letzten entscheidenden Ringen nur, wenn auch das deutsche Volk laut und vernehmlich seinen Willen zu nationalem Dasein bekundet, indem es einen Strich unter die zunehmende nationale und wirtschaftliche Verlumpung zieht und durch sein Handeln zeigt, daß es frei sein will wie die Väter waren, frei vom äußeren Feind, aber auch frei von dem inneren, dem Gift, das sich in die deutsche Seele gefressen hat.

Entscheidende Verhandlungen.

Berlin, 22. September. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag treten in Berlin die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu einer Besprechung mit dem Reichskabinett zusammen, an der auch Vertreter der besetzten Gebiete teilnehmen werden. Es wird dabei der Stand des Ruhrkonflikts im Mittelpunkt der Erörterungen stehen, und es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler Veranlassung nehmen wird, den tatsächlichen Stand der Dinge mitzuteilen. Nach welcher Richtung hin bei diesen Besprechungen Entschlüsse gefaßt werden müssen, wird sich aus der Aussprache ergeben.

Baldwin und das deutsche Angebot.

Londoner Kritik an den Pariser Beratungen.

London, 22. September. **(Eig. Drahtmeldung.) Baldwin ist gestern abend hier angekommen. In diplomatischen Kreisen Londons erwartet man, daß Baldwin entweder noch heute abend oder aber bestimmt morgen mit Lord Curzon verhandeln werde. Vor allem wegen der Ablehnung des Stresemannschen Angebots an den belgischen Botschafter, obwohl dies zwar offiziell nicht Großbritannien berührt, da es nur an Frankreich und Belgien gerichtet ist. Amtliche Londoner Stellen erklären das optimistische Communiqué über die Begegnung in Paris damit, daß Baldwin sich überzeugt habe, Poincaré beabsichtige keine Annexionen.**

*

London, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Bei seiner Rückkehr hat Baldwin keine gute Presse vorgefunden. Man vertritt in London die Ansicht, daß es vielleicht wichtiger gewesen wäre, wenn Baldwin nach seinem langen Ferienaufenthalt in Frankreich durch Paris gereist wäre, ohne das Haupt der Regierung zu besuchen, mit dem seine Regierung seit langem in diplomatischer Korrespondenz stehe. Der allgemeine Tenor der britischen Presse ist eine Kritik Baldwins für seine Teilnahme an der Veröffentlichung des Pariser Communiqués, das in einigen Kreisen als ein Versuch hingestellt wird, die öffentliche Meinung irre zu führen. Anläßlich der Rückkehr Baldwins hat die englische Botschaft in Paris folgende Bekanntmachung erlassen: „Herr Baldwin, der heute nach England zurückgekehrt, ist von seinem Aufenthalt in Frankreich und von seinem Besuche in Paris entzückt. Die zahlreichen Beweise der Freundschaft und des Wohlwollens, deren Gegenstand er war, haben ihn tief bewegt."

* * *

Die Pariser Dementiermaschine.

Paris, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Amtlich wird nachstehende Note veröffentlicht: Gewisse deutsche Blätter haben angekündigt, daß die diplomatischen Vertreter Englands und Belgiens bei dem französischen Ministerpräsidenten einen gemeinsamen Schritt unternahmen, um seine Zustimmung zu einem Abkommen betreffend die Räumung des Ruhrgebietes zu erlangen. In Berlin scheint man diesen vermeintlichen Schritt als authentisch hinstellen zu wollen, indem man versichert, daß die deutsche Regierung ihn nicht nur nicht inspiriert, sondern sogar erst nachträglich von ihm Kenntnis erhielt. Der Minister des Aeußeren versichert, daß kein Schritt dieser Art weder gemeinsam noch getrennt von belgischer oder englischer Seite bei der französischen Regierung erfolgte und die Nachrichten, um die es sich handelt, in allen Punkten aus der Luft gegriffen sind.

Unsere Ernährungslage.

Beratungen im Ausschuß des Reichswirtschaftsrates.

In der Sitzung des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats machte ein Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft über die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide, Kartoffeln, Fetten und Milch und über die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen einige Mitteilungen. Zur Brotgetreideversorgung führte er u. a. aus: Es steht zu befürchten, daß trotz befriedigender Ernte, wenn am 15. Oktober die Markenbrotversorgung aufhört, Stockungen und jedenfalls eine große Unsicherheit in der Brotversorgung der Bevölkerung eintreten. Aus diesem Grunde glaubt die Reichsregierung, es beim geltenden Gesetz nicht bewenden lassen zu können. Eine neue Vorlage ist vom Kabinett angenommen und wird dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat dieser Tage zugehen. Die Hauptbestimmungen dieser Vorlage sind folgende:

Verstärkung der von der Reichsgetreidestelle zu erwerbenden Brotgetreidemenge auf 2 bis 2½ Millionen Tonnen;

Möglichkeit der Fortführung der Markenbrotversorgung in den Gebieten, wo die politische und wirtschaftliche Lage es unbedingt erfordert;

Wegfall der öffentlichen Getreidebelieferung in den Kommunalverbänden, in denen die Brotversorgung durch die eigene Ernte ausreichend gesichert erscheint;

Antragsrecht für die übrigen Kommunalverbände auf unmittelbare Lieferung von Getreide an ihre Mühlen zum Tagespreis.

Für die Kartoffelversorgung gilt nach der Finanzierungsvorlage das gleiche wie für Getreide. Nach dem letzten Saatenstandsbericht kann „noch mit einer Mittelernte" gerechnet werden. Endgültiges läßt sich zur Mitte Oktober kaum sagen. Die Anbaufläche für Kartoffeln ist nicht, wie vielfach erwartet, zurückgegangen, sondern hat sich noch um eine Kleinigkeit vermehrt. Allerdings ist in den Hauptanbaugebieten Pommern, Mecklenburg usw. ein gewisser Rückgang im Kartoffelbau zu bemerken, während andererseits in Süddeutschland vielfach eine Vermehrung festzustellen ist. Die Wagenstellung für Kartoffeln genügt den Anforderungen.

Die Fettversorgung

der Bevölkerung ist durch die Markverschlechterung und den Mangel an Devisen vorübergehend stark in Mitleidenschaft gezogen worden, obwohl ausreichende Mengen an Margarinerohstoffen wie an Schmalz im Inlande lagern. An Margarinerohstoffen sind rund 85 000 Tonnen vorhanden, die die normale Versorgung der Bevölkerung für mindestens 12 Wochen sichern. An Schmalz und Speck befinden sich im Inlande hinreichende Mengen, um den normalen Bedarf bis auf weiteres zu decken, während mit weiteren Zufuhren laufend zu rechnen ist. Die Freimachung dieser Fettmengen für den Verbrauch ist fast ausschließlich eine Kredit- und Devisenfrage. Die eingeleiteten Maßnahmen haben eine merkliche Entspannung auf den Fettmärkten hervorgeführt, so daß die gegenwärtige Versorgung mit Margarine und Schmalz als befriedigend bezeichnet werden kann. Die Butterlieferungen sind nach wie vor gering, so daß der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Die Gründe hierfür liegen einmal in der starken Nachfrage, die darauf zurückzuführen ist, daß bei dem anhaltend steigenden Dollarstande die Preise für Butter denen für Schmalz und Margarine zeitweise nur um ein Geringes voraus sind, sowie darin, daß bei dem Mangel an Schmalz und Margarine, der auch auf dem Lande herrscht, der eigene Butterverbrauch dort ganz erheblich zugenommen hat. Der Mehrverbrauch auf dem Lande ist neben der Minderproduktion auch mitgrund für den Rückgang der Milchanlieferungen in die Großstädte.

Sodann trat der Ausschuß in die Beratung des ihm vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Begutachtung vorgelegten Entwurfs einer Verordnung über die

Zuckerversorgung im Wirtschaftsjahre 1923/24.

Der Entwurf sieht grundsätzlich eine freie Bewirtschaftung vor, vorbehaltlich der Sicherung einer angemessenen Mundzuckermenge für den späteren Teil des Wirtschaftsjahres, eine Art Notraiswirtschaft, zur Begegnung einer eventuellen Knappheit am Ende des Jahres. Der Sicherung dieses Zieles sollen dienen: 1. eine Rückgabe der zuckerverarbeitenden Fabriken; 2. eine Kontingentierung und Kontingentierung bestimmter großer zuckerverarbeitender Industrien so, daß den Betrieben jeweils der Bezug und die Verarbeitung bestimmter Mengen freigegeben wird; 3. eine besondere Großhandelserlaubnis für solche Betriebe, die den Handel mit Zucker nach dem 1. Oktober 1923 beginnen wollen. Von diesen Maßnahmen verspricht sich die Regierung einmal eine Steigerung der Anbaufläche an Rübenzucker, ferner eine Abstellung der Beschwerden, die sich in diesem Wirtschaftsjahr vor allem gegen die ungenügende und verspätete Zahlung der Zuckerrüben gerichtet haben, deren Folgen für die Rentabilität des Rübenanbaues noch verschärft wurden durch die im Laufe des Jahres eingetretene starke Geldentwertung. Der Ausschuß stimmte bei einigen Stimmenthaltungen dem Entwurf in der vorgelegten Fassung zu.

Neue Leidenstage für Essen.

Schwere Sanktionen für einen Eisenbahnanschlag.

Essen, 21. September. (Eig. Drahtmeldung.) Donnerstag abend, gegen 7 Uhr, hörte man in dem westlichen Stadteil eine heftige Detonation. Es wurde eine Sprengung an der Eisenbahnunterführung bei den Kruppanlagen an der Margarethenhöhe verübt, wo eine kleine Nebenstrecke der Eisenbahnlinie Mülheim-Heißen nach Essen-Rüttenscheid führt. Die Strecke wird von den Franzosen nur wenig benutzt. Die Sprengung hat eine Schiene aufgerissen, mehrere Schwellen aus dem Erdreich gehoben und das Geländer verbogen. Die Telephondrähte wurden zerstört und zahlreiche Fensterscheiben in der Umgebung zertrümmert. Der Verkehr erleidet kaum eine Verzögerung, da der Betrieb eingleisig aufrechterhalten werden kann. Der Bevölkerung hat sich in Anbetracht der wohl kaum ausbleibenden scharfen Bedrückungsmaßnahmen der Franzosen eine große Erregung bemächtigt.

*

Die Sanktionen, die gefürchtet wurden, sind der Tat prompt gefolgt. Darüber wird aus Essen heute gemeldet:

Als Sanktion für die am Donnerstag abend erfolgte Sprengung der Eisenbahnlinie in der Nähe der Kruppanlagen bei der Margarethenhöhe hat der Kommandeur der 67. französischen Infanteriedivision die teilweise Stillegung der Straßenbahnen von Essen nach Mülheim oder Oberhausen angeordnet. Der Straßenbahnverkehr zwischen Mülheim und Essen ist vollständig unterbunden.

Berlin, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Nach Zeitungsnachrichten ist gegen die Bahnstrecke Rüttenscheid-Heißen innerhalb des Stadtteiles Essen ein Sprengattentat verübt worden. Sollte diese Nachricht sich bewahrheiten und Derjenige daran beteiligt sein, so besteht kein Zweifel, daß die Reichsregierung dieses Attentat ebenso wie in früheren Fällen verurteilt und bereit ist, bei Aufklärung des Tatbestandes mitzuwirken.

Die deutschnationale Antwort.

Eine Erklärung auf die vier Fragen der N. L. C.

Berlin, 22. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Pressestelle der deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, die gegen die „Nationalliberale Korrespondenz" polemisiert. Es heißt darin:

Die Korrespondenz stellt vier Fragen, deren ersten drei nach der Finanzierung und Gestaltung des fortgesetzten Ruhrkampfes, sowie nach der Gestaltung der deutschen Währung lauten. Wir tragen demgegenüber, weshalb müssen die von der Reichsregierung an Frankreich angebotenen Goldzahlungen gerade für die Unterwerfung unter Frankreichs erneutes Diktat und weshalb sollen sie nicht für die Neubelebung und endlich aktive Führung des Widerstandes verwendet werden? Besser als Leskau von feindlicher Bedrückung ist doch die Befreiung durch Einsatz des eigenen Blutes und der eigenen Kraft und Seele und des Herzens. Die vierte Frage der „Nationalliberalen" ist erst die entscheidende. Sie fragt:

„Wenn der Kampf als machtpolitischer Druck ausgetragen werden soll, wo sind dann die hierzu erforderlichen Machtmittel?"

Die „nationalliberale Korrespondenz" weiß, daß wir hierauf nicht antworten dürfen, selbst wenn wir wollten, denn sie kennt den Hochverratsparagraphen so gut wie wir. Die „Nationalliberale" aber, befangen in dem lächerlichen Aberglauben an die große Zahl, wozu auch die übergroße Hochachtung vor der Technik gehört, weiß nicht, will nichts wissen, daß nicht Zahl und Technik, sondern das Herz in der Brust des Mannes die Entscheidung gibt. Wir deutschen Soldaten haben russische Massenstürme, englische und französische Massenangriffe erlebt und trotz unserer geringen Zahl, trotz Unterlegenheit an technischen Kampfmitteln abgeschlagen. Wir kannten allerdings nicht die demoralisierende, ängstliche Frage nach der „Mehrheit". Wir waren ja auch königlich preußische Soldaten, keine demokratische Volksversammlung oder Debattierklub. Deshalb hatten wir auch nicht Angst. Und unser Volk, unser ganzes herrliches Volk, hat und kennt auch heute noch keine Angst. Wenn es nur den Willen des Führers sieht zur Tat, dessen Vertrauen fühlt, wird es sich und sein Leben einsetzen.

Verschiebung der Gemeindewahlen. Der Preußische Städtetag teilt mit: Nach unseren Erkundigungen hat der Landtagsausschuß beschlossen, den Termin für die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen einstweilen um drei Monate hinauszuschieben. Es kann damit gerechnet werden, daß das Landtagsplenum sich dem anschließen wird.

Verwandlung in lebenslängliches Zuchthaus. Die durch das Urteil des Volksgerichts München vom 27. August gegen den Studenten der Forstwissenschaft Aug. Zwengauer von Geroldswil wegen eines Verbrechens des Mordes ausgesprochene Todesstrafe wurde auf dem Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer

von Johanna Wolff.

(45. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Manchmal war die Kleine sich nämlich nicht klar, wen sie eigentlich beglücken sollte, den braunen Erich oder den blonden Hans Peter. Der aus der Holderruh streichelte ihr die Flammhärchen an Armen und Nacken, und Malchen ließ sich gern streicheln und auf einen Kuß kam's ihr auch nicht an, wenn sie sich trafen — heimlich natürlich. Der Blonde hatte leider nur Tiefbohrmaschinen, Oeltürme und Turbinen im Kopfe. Bücher las er über die Eiszeit und andre Zeiten; er steckte ihr ein Buch über „Pfahlbauten" oder „das Innere der Erde" in die Hand, wenn sie etwas „Unterhaltendes" zu lesen von ihm erbat, und als sie etwas vom großen Fastnachtsball wissen wollte, der grade gewesen war, mal sie sich von Kopf bis zu Füßen, als hätte sie ihn um Gespenster gebeten. Der hübsche Junge, der früher einmal mit ihren kleinen Händen gespielt, betrachtete jetzt nachdenklich seine eigenen großen Hände. Sah er schon zu, ob sie mächtig genug wären, die großen Taten auszuführen, die ihm allewell vorzuschweben schienen? „Beton-Hände" wünschte er sich. „Du wirst ein Arbeitstier wie deine Mutter", schalt das Mädchen. „Du hast immer was vor und willst immer was, wo ich nicht mitmachen kann. Gräßlich, dies ewige Wegsdenken! Da ist der Holder-Erich anders! Der lernt auch und hat doch immer Zeit — — neulich war er sogar mitten in der Woche hier . . ." Malchen schnappte erschrocken ab. Sie ängte verlegen nach dem Pfiegebruder, der aber hatte ihrer Worte nicht acht gehabt, den Kopf in beide Hände gestützt, saß er über eine Zeichnung gebückt, so enigma ihm auch der gespannte Gesichtsausdruck der Kleinen, die etwas vor ihm zu verbergen schien. Daß sie jetzt öfter nicht zu finden war, fiel ihm nicht weiter auf, der Mutter konnte sie auch nicht immer an der Schürze hängen. So ging das Malchen ihre Wege, die durchaus nicht einsam waren. Wenn sie zurücktam, nahm sie unten heimlich die Zigarette aus dem Mund und aß Kaffeebohnen . . .

Kam er Samstags nach Hause, flog sie ihm an den Hals und drängte sich auf seinen Schoß; manchmal, wenn er arbeitete, tanzte sie zu ihm in die Stube und strich mit ihrem Krauskopf dicht an seinem Gesicht vorbei; dann schaute er flüchtig auf, lachte oder knurrte, je nachdem er bei Stimmung war, aber sein Blicken schien nicht von dieser Welt, und gefüßt wie damals im Sustergrund hatte er sie nie wieder. Nie wieder! Auch in seinen Bau hatte er das Kleine nicht noch einmal mitgenommen.

Eines Sonntags abends — Mereke war mit Kopweh früh zu Bett gegangen — saß Hans Peter auf der breiten Fensterbank bei Diele und las. Da kam das Malchen im Nachthemd, schwang sich in die andre Fensterhälfte und paffte wie ein Schlot.

„Hast du das bei der Mutter gelernt?" fragte er unwillig.

Die Kleine kicherte. „Kannst es ihr ja zutragen — du — du Dickhäuter!" Sie stieß ihm eine Rauchwolke ins Gesicht und tänzelte hinaus, über den Vorflur weg, wo Antje mit einem Topf heißen Wassers kam und einen Ruf des Entsetzens ausstieß.

„Die Mutter sollte es wissen", dachte Hans Peter. Aber war's nicht schmählich, ein Mädchen zu verpetzen? Nicht einmal mit Kläschen mochte er darüber sprechen.

Auch das Knechtlein trug sich mit dem Gedanken, den Angeber zu machen: Ging nicht abends in der Laube bei Meretens Würzgärtchen etwas vor, was den Platz nicht recht geheuer erscheinen ließ? Antje hatte zuerst gemeint, es wären „Schatten", voller Scheu hatte die schwerhörig Gewordene Dunnerklaas darauf aufmerksam gemacht. Der war noch gut bei Ohr: er erklärte die leisen seltsamen Laute, die dort vernehmbar wurden, für durchaus unschettenhaft. Nachtvögel konnten sich auch nicht so zaghich schnäbeln, wenigstens keine gefiederten — meinte Kläschen Wunderam.

Antje und das Knechtlein legten sich auf die Lauer. Siehe, da schlüpften zwei dicht aneinander gedrängte Gestalten aus dem Gerank, drückten sich an den dichten Nachbüschen entlang, und Antje, die alte brave Seele, mußte zugeben, daß es keine „Schatten" wären —

„Hätten wir den Luder bloß erfausen lassen!" grollte Dunnerklaas zwischen den Zähnen, „den aus der Holderruh soll der Deibel holen!"

„Wie — wie meinst du das?" fragten Antjes Augen.

„Se was weiß man immer. In äppilscher Finsternis wird' ich den auskennen. Unser? Ne!" Er schwippte mit den Fingern und spudte den Verschwundenen nach ins Dunkle hinein.

Als die beiden Getreuen das nächste Mal auf der Lauer lagen, hatte Antje leider recht herzhaft niesen müssen seitdem war die Laube beim Würzgärtchen leer geblieben.

Nachts träumte Hans Peter manchmal von Hilde. Er sehnte sich nach ihr und war in sich froh, wenn Erich von ihr erzählte . . .

Der nach jenem harten Kampf aus seiner Kammer getreten mit welcher und aufnahmefähiger Seele, der hatte die große Liebe und das weite Verstehn bei der Mutter nicht gefunden. Im Kleinen blieb sie auch jetzt wieder stecken: sie veranlaßte ihr das Gemüt mit Plänen über Vorteile und Zukunftsaussichten, mit denen seine Ueberwindung nichts zu schaffen hatte. Da zog es sich über dem Zarten in seiner Seele zusammen, wie eine dunkle Decke, und manchmal hätte darunter nisten können, wäre er nicht als ein von Grund aus Sauberer auf die Welt gekommen. Körperlich streckte er sich noch immer in die Länge, und auch in die Breite begann er sich zu dehnen: ein Zuviel an Kräften machte dem Fleischigen seine Beschwerden; was der Leib sparte, brauchte der Geist auf.

Mit Leidenschaft trieb Hans Peter das Fechten: Säbel jedwedi als Flaxett verstand er meisterlich zu handhaben. Es bestand auf dem Polytechnikum ein Zusammenschluß für diese edle Kunst, Hans Peter und Kolja Rabuschin, ein langer junger Russe, wurden als Vorkämpfer gerührt. Auch Kolja Rabuschin lieh dem Erich Geld; heut lebten die beiden in dicker Freundschaft miteinander, um sich andern Tags auf Leben und Tod zu balgen; dann schworen sie einander für ewige Zeiten Frieden zu und lagen sich gleich wieder in den Haaren.

„Alte Weiber seid ihr", sagte Hans Peter, da der Russe ihm gelegentlich sein Leid klagte.

Der Sohn der Steppe umarmte ihn und erklärte begeistert: „Wir müssen uns fechten! Wir müssen uns auf jeden Fall fechten".

„Warum? Wofür?" fragte der andre verwundert.

„Russen sein keine alte Weiber! Wir fechten uns für die Ehre von unsere Vaterland."

Selbstverständlich nahm Hans Peter an.

Am nächsten Tag traf man sich wie verabredet.

Die Fechter grüßten sich mit dem Säbel. Sie reichten sich die Hand.

Der Russe war größer, hatte aber im Verhältnis zu kurze Arme, so wurde durch geschmeidige Geschicklichkeit des andern dieser Vorteil aufgehoben.

Nach aufregendem Hin und Her sahen drei Einschläge bei dem aus der Sonnenmühle und bei Kolja Rabuschin fünf. Noch einen, und er mußte die Waffe sinken lassen, die Unparteiischen riefen Halt und erklärten den Ehrenhandel für beendet. Hans Peter fühlte sich von den Armen der Bundesbrüder umschlungen, auf die Wangen gefüßt — sah aber nur einen roten Nebel vor den Augen — Blut!

Er dachte daran, wie er als schmaler Junge den stärkeren Erich gewarfen und wie derselbe Ekel über ihn gekommen — der Blutekel, grad wie heute auch.

Nun mußte der Sieger natürlich „gewippt" werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230922014/fragment/page=0002